

04.04.90

Antrag

des Freistaates Bayern

zum

Jahresgutachten 1989/90 des Sachverständigenrates zur Begut-
achtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
und
Jahreswirtschaftsbericht 1990 der Bundesregierung

Punkt 28 a und 28 b der 611. Sitzung des Bundesrates am 6. April
1990

Der Bundesrat möge beschließen:

1. Der Bundesrat nimmt das Jahresgutachten 1989/90 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und den Jahreswirtschaftsbericht 1990 der Bundesregierung zur Kenntnis.
2. Der Bundesrat teilt die Auffassung von Bundesregierung und Sachverständigenrat, daß der längste und stabilste Aufschwung seit der Wiederaufbauphase, der vor sieben Jahren begann und bis heute anhält, entscheidend auf die Neubesinnung der Ordnungspolitik auf die Grundsätze der sozialen Marktwirtschaft

Ausgeliefert am 05. APR. 1990 ...

54/1/90

zurückgeht. In dem Maße, in dem sich der Staat seit dem Herbst 1982 auf den Kern seiner Aufgaben beschränkte und der Privatinitiative wieder größere Freiräume gewährte, gewann die deutsche Wirtschaft an Dynamik. Die schwere Investitions- und Innovationsschwäche, die noch zu Beginn der 80er Jahre die wirtschaftliche Zukunft der Bundesrepublik überschattete, gehört der Vergangenheit an. Die Realeinkommen sind deutlich gestiegen. Die Beschäftigung hat Rekordniveau erreicht. Trotz hoher Über- und Aussiedlerzahlen geht auch die Arbeitslosigkeit erfreulich zurück. Mit Befriedigung stellt der Bundesrat fest, daß 1989 das gesamtwirtschaftlich beste Jahr im abgelaufenen Jahrzehnt war.

3. Der Bundesrat erwartet in Übereinstimmung mit Bundesregierung und Sachverständigenrat auch in diesem Jahr ein Anhalten der guten Konjunktur. Er unterstreicht, daß die 3. Stufe der Steuerreform mit ihrem Entlastungsvolumen von 24 Mrd DM nicht nur den privaten Verbrauch, sondern auch die Investitionsfähigkeit der Wirtschaft begünstigt und fördert. Er geht davon aus, daß ein voraussichtlich nicht mehr ganz so hohes Wachstum im Auslandsgeschäft aufgrund einer leicht nachlassenden Dynamik im Welthandel von einer lebhafteren Binnennachfrage kompensiert wird.

Eine Schlüsselrolle für die künftige wirtschaftliche Entwicklung mißt der Bundesrat dem Ausgang der schwierigen Tarifverhandlungen in diesem Jahr zu. Er warnt davor, den Aufschwung mit schweren Tarifkonflikten zu belasten. Er appelliert an die Tarifparteien, ihren Kurs der gesamtwirtschaftlichen Vernunft, der vor allem die 2. Hälfte der 80er Jahre positiv mitgeprägt hat, auch in den 90er Jahren nicht zu verlassen.

...

Der Bundesrat teilt die Auffassung von Bundesregierung und Sachverständigenrat, daß die Lohnpolitik enger mit der Vermögensbildung der Arbeitnehmer verknüpft werden sollte. Hierdurch könnte auch die Eigenkapitalbeschaffung der Unternehmen verbessert werden.

In Übereinstimmung mit der Bundesregierung und dem Sachverständigenrat spricht sich der Bundesrat darüber hinaus gegen weitere pauschale Arbeitszeitverkürzungen und für eine stärkere Entkoppelung der individuellen Arbeitszeit von der Maschinenlaufzeit aus. Hierbei sollte nach Regelungen gesucht werden, die sowohl den Erfordernissen der Betriebe als auch den familiären Wünschen der Arbeitnehmer nach mehr "Zeitsouveränität" stärker Rechnung tragen. Insbesondere für Frauen bieten flexible Arbeitszeitformen Möglichkeiten, Familie und Beruf besser in Übereinstimmung zu bringen.

4. Auch nach Auffassung des Bundesrates sind weitere Verbesserungen in den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen erforderlich, um die deutsche Wirtschaft und den Standort Bundesrepublik Deutschland im Europäischen Binnenmarkt und im globalen Wettbewerb abzusichern.

Er begrüßt in diesem Zusammenhang u. a. den Wegfall der Kapitalverkehrsteuern zur Verbesserung der Attraktivität des Finanzplatzes Deutschland. Er fordert darüber hinaus die Bundesregierung auf, in der kommenden Legislaturperiode einen Gesetzentwurf so rechtzeitig einzubringen, daß zum 1. Januar 1993 auch Geldmarktfonds zugelassen werden können.

...

54/1/90

Der Bundesrat sieht sich mit Bundesregierung und Sachverständigenrat einig in dem grundsätzlichen Anliegen, die Subventionierung der deutschen Steinkohle, insbesondere die Verstromungshilfe, auf einen volkswirtschaftlich vertretbaren Umfang abzubauen.

Die EWG-Verordnung über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen, der die Bundesregierung am 21. 12. 1989 zugestimmt hat, stellt nach seiner Auffassung ordnungspolitisch nicht völlig zufrieden. Vor allem mangelt es an einem zweistufig ausgestalteten Prüfungsablauf. Auch sind die Bedenken, daß wettbewerbsfremde Überlegungen Eingang in das Prüfungsverfahren finden könnten, nicht endgültig ausgeräumt. Deshalb hält es der Bundesrat für unabdingbar, daß die Bundesregierung die Kontrollpraxis der EG-Kommission, die mit absolutem Vorrang an wettbewerblichen Kriterien orientiert sein muß, aufmerksam beobachtet und die deutsche Grundauffassung gegenüber der Kommission ggf. deutlich zum Ausdruck bringt.

In Übereinstimmung mit Bundesregierung und Sachverständigenrat spricht sich der Bundesrat dafür aus, die Umweltpolitik sachgerecht durch marktwirtschaftliche Instrumente zu ergänzen. Die Anwendung solcher Instrumente neben dem klassischen Instrumentarium des Ordnungsrechts ist geeignet, den technischen Fortschritt zugunsten des Schutzes der natürlichen Lebensgrundlagen verstärkt zu mobilisieren. Ihre ökonomische Effizienz kann auch der Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft flexibel Rechnung tragen.

Der Bundesrat hält Steuererhöhungen im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Erneuerung in der DDR für nicht erforderlich. Mit Nachdruck spricht er sich für die Verwirklichung der geplanten Unternehmensteuerreform und die notwendigen Verbesserungen im Familienlastenausgleich in der nächsten Wahlperiode

aus. Ihre Notwendigkeit bleibt von den dramatischen Umbrüchen in der DDR unberührt. Im Gegenteil: Gerade auch das von der Wirtschaft erwartete große Engagement beim Wiederaufbau der DDR setzt weitere konsequente Verbesserungen ihrer Leistungs- und Investitionsfähigkeit voraus. Dies gilt besonders für den Mittelstand, dem bei der Schaffung flexibler marktwirtschaftlicher Strukturen in der DDR eine Schlüsselfunktion zukommt. Der Bundesrat begrüßt in diesem Zusammenhang die Entscheidung der Bundesregierung, aus dem ERP-Sondervermögen zinsgünstige Kredite für Investitionen mittelständischer Unternehmen in der DDR zu vergeben.